

E-Mail-Newsletter

Nr. 181, 8. Oktober 2013

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Am 23. November feiert der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bei einer **Plenumstagung** sein 25-jähriges Bestehen. Zu dieser Tagung, bei der auch Integrationsministerin Bilkay Öney ein Grußwort sprechen wird, möchten wir Sie herzlich einladen. Das Programm und das Anmeldeformular finden Sie ab 11. Oktober auf unserer Homepage. Das 25-jährige Bestehen des Flüchtlingsrats steht auch im Mittelpunkt unseres neuen gedruckten **Rundbriefs**, der am 18. Oktober erscheinen wird. Unsere Mitglieder und AbonnentInnen erhalten diesen per Post. Wenn Sie nicht zu diesem Kreis gehören, können Sie den Rundbrief über unsere Homepage [online bestellen](#). Wir freuen uns natürlich auch über jedes neue (Förder-)Mitglied!

Die Flüchtlingspolitik bleibt lokal und überregional spannend. Nach dem erneuten tragischen Bootsunglück vor der Insel Lampedusa hat eine (längst überfällige) **Grundsatzdiskussion über die europäische Flüchtlingspolitik** begonnen. Neu ist, dass sich auch besonnene konservative Politiker/innen in ganz Europa für eine Kursänderung aussprechen. Der amtierende Bundesinnenminister Friedrich setzt allerdings weiter auf Abschottung und die „Bekämpfung des Schlepperwesens“.

In Baden-Württemberg steht die parlamentarische **Verabschiedung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes** auf der Tagesordnung. Auch der Flüchtlingsrat hat eine Stellungnahme zum Entwurf des Integrationsministeriums eingereicht. Wir hoffen, dass die von der Landesregierung bereits im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserungen tatsächlich gesetzlich festgehalten werden und dass die von Flüchtlingsrat, LIGA und anderen vorgebrachten Verbesserungsvorschläge Berücksichtigung finden. Nicht ausgeschlossen ist, dass die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung geht. Sowohl der Anstieg der Flüchtlingszahlen der vergangenen Monate, aber vor allem auch die zu geringe Finanzierung durch die Landesregierung könnten zu einer Verschlechterung bei der Flüchtlingssozialarbeit und bei den Standards der Unterbringung führen. Die sich verbreiternde „Containeritis“ deutet darauf hin. Die Anlässe für flüchtlingspolitisches Engagement werden uns also auf Landesebene und vor Ort nicht ausgehen.

In diesem Sinne mit besten Grüßen
Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Neues Flüchtlingsaufnahmegesetz auf der Zielgeraden?

Die Landesregierung nahm den Entwurf des Integrationsministeriums für ein neues Flüchtlingsaufnahmegesetz in der Kabinettsitzung vom 23. Juli an und gab ihn zur Anhörung frei. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege, der Flüchtlingsrat, die Kirchen, der Landkreis- und der Städtetag sowie andere Organisationen gaben daraufhin ihre Stellungnahmen ab. In seiner Stellungnahme begrüßte der Flüchtlingsrat, dass das Land trotz gestiegener Zugangszahlen an den geplanten Verbesserungen der Aufnahme- und Lebensbedingungen in Baden-Württemberg festhalten möchte, forderte aber Verbesserungen des Gesetzes an folgenden zentralen Punkten:

- Ziel sollte sein, dass die Unterbringung in Wohnungen zur Regel und in Sammelunterkünften zur Ausnahme wird.

Flüchtlinge müssen in die soziale Wohnungsbaupolitik einbezogen werden

- die geplanten Mindeststandards der Unterbringung sind unzureichend: außer der Erhöhung der Wohnfläche auf 7 m² pro Person muss eine Unterbringung in Industriegebieten ausgeschlossen werden. Unterkünfte müssen Wohncharakter haben und dürfen eine Kapazität von 50 Personen nicht überschreiten.

- Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge sowie Kontingentflüchtlinge sollen nicht in Sammelunterkünften untergebracht werden.

- die Finanzierung der Unterbringung und der Flüchtlingssozialarbeit über die Kostenpauschale ist zu gering angesetzt

- die Flüchtlingssozialarbeit sollte flächendeckend an unabhängige und gemeinnützige Träger übertragen werden

- die Leistungsgewährung nach dem AsylbLG soll ab 1.1.2014 flächendeckend auf Geldleistungen umgestellt sein

- die Anschlussunterbringung muss mindestens dieselben (Mindest-)Standards haben wie die vorläufige Unterbringung
Landkreistag und Städtetag kritisierten öffentlich das Pauschalensystem und die zu geringe finanzielle Ausstattung. Sie halten die Erhöhung der Mindestwohnfläche in der gegebenen Zeit nicht für umsetzbar und forderten

Ausnahmeregelungen.

- 24.07.2013 Ministerium für Integration Baden-Württemberg: [Entwurf Flüchtlingsaufnahmegesetz \[PDF\]](#), [Entwurf der Durchführungsverordnung zum Flüchtlingsaufnahmegesetz \[PDF\]](#)

- 27.09.2013 Südkurier: „[Zu wenig Raum für Heimatlose: Kreise ächzen unter Zustrom von Asylbewerbern. Landkreistag fordert Abkehr von Pauschalen.](#)“

Unterbringung: Kapazitätsengpässe führen zu „Containeritis“

Während sich auf der politischen Ebene die Diskussion um das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz auf der Zielgeraden befindet, spitzen sich derzeit die praktischen Probleme bei der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg zu. Durch die weiter steigenden Zugangszahlen ist die Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Karlsruhe nachhaltig überfüllt und betreibt mittlerweile 8 Außenstellen im Stadtgebiet von Karlsruhe. Die Stadt- und Landkreise haben Schwierigkeiten, neue (und gute) Unterkünfte für die höhere Zahl an zugewiesenen Personen einzurichten. Landauf landab wird deswegen zu „Notlösungen“ gegriffen, was in der Regel bedeutet, dass an abgelegenen Orten oder in Industriegebieten Wohncontainer aufgestellt werden. In Freiburg wird sogar darüber nachgedacht, in Turnhallen unterzubringen. Auch in der Anschlussunterbringung, die eigentlich die Integration weiter voranbringen sollte, wird an Dörfer zugewiesen oder es werden auch Container aufgebaut (Bsp. Leonberg). Wie der Südwestrundfunk aktuell berichtet, will die Landesregierung noch in diesem Jahr weitere Mittel für die Unterbringung der Flüchtlinge in den Stadt- und Landkreisen bereit stellen. Laut Finanzminister Nils Schmid (SPD) soll ein zweistelliger Millionenbetrag in den Nachtragshaushalt eingestellt werden, um eine gute Unterbringung sicherzustellen.

- 07.10.2013 Südwestrundfunk (Landesschau aktuell): "[Unterbringung von Flüchtlingen: Land will Kommunen finanziell helfen. Die Zahl der Flüchtlinge steigt auch in Baden-Württemberg und stellt die Kommunen vor Herausforderungen. Die Landesregierung hat jetzt erklärt, sie wolle Stadt- und Landkreise bei der Unterbringung von Flüchtlingen finanziell unterstützen.](#)"

- 29.08.2013 Stuttgarter Zeitung: „[Asylpolitik im Südwesten: Willkommen im Container](#)“ (Kreis Reutlingen)

- 18.09.2013 Badische Zeitung: "[Verwaltung unter Druck. Muss Freiburg Flüchtlinge in Turnhallen unterbringen?](#)"

- 23.09.2013 Stuttgarter Zeitung: „[Asylbewerber- Unterkünfte: Stadt Stuttgart hat großen Nachholbedarf](#)"

- 24.09.2013 Stuttgarter Zeitung: „[Gestern Container, morgen die Flüchtlinge](#)“ (Nürtingen)

Weitere aktuelle Berichte und Informationen über Flüchtlingsunterkünfte und -unterbringung in den Stadt- und Landkreisen finden Sie [hier](#):

Länder-Aufnahmeprogramme für syrische Flüchtlinge: Zu hohe Hürden!

Baden-Württemberg beschränkt zusätzlich auf maximal 500 Personen

Basierend auf dem Bundestagsbeschluss vom 28.06.2013 können die Bundesländer über das bundesweit beschlossene Kontingent zur Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen hinaus weitere Menschen aus der Krisenregion aufnehmen. Die Hürden sind aber hoch. Die in Deutschland lebenden Angehörigen müssen die gesamten Kosten tragen.

Insbesondere die geforderte Verpflichtungserklärung führt dazu, dass nur wohlhabende Familien eine Chance haben, ihre Verwandten aus Syrien und den umliegenden Staaten zu retten. Baden-Württemberg beschränkt von vornherein die Zahl der aufzunehmenden Personen auf magere 500. Insgesamt haben 14 Bundesländer Aufnahmeanordnungen erlassen. Ein zentrales Problem ist auch, dass die Flüchtlinge i.d.R. nur mit monatelanger zeitlicher Verzögerung einen Termin zur Beantragung eines Visums bei der Deutschen Botschaft erhalten können und dass die Botschaften nach wie vor derartige Anträge nicht bearbeiten. Insofern läuft dieses Programm bis jetzt vollständig ins Leere. [Weiterlesen ...](#)

- 29.08.2013 Innenministerium Baden-Württemberg: "[500 weitere syrische Flüchtlinge können vorübergehend im Land aufgenommen werden](#)"

Pressemitteilung mit Eckpunkten der Anordnung.[PDF] Aufnahmeanordnung [Baden-Württemberg](#)

- 29.08.2013 PM Flüchtlingsrat BW: "[Flüchtlingsrat begrüßt erleichterte Einreise syrischer Kriegsflüchtlinge mit Verwandten in Baden-Württemberg](#)" [PDF]

- 12.09.2013 Stuttgarter Zeitung: "[Neue Heimat verzweifelt gesucht. Viele in Deutschland lebende Syrer wollen ihre Familienangehörigen nachholen - etliche scheitern aber an der Bürokratie. Ein Oberarzt, ein Autohändler und ein Geschäftsführer erzählen, wie unerträglich es ist, den Liebsten nicht helfen zu können.](#)"

- 01.10.2013 PRO ASYL: [Große Worte, große Hürden: Die Länderregelungen zur Aufnahme von syrischen Familienangehörigen](#) Überblick über die Aufnahmeanordnungen und die Schwierigkeiten der Betroffenen, diese Voraussetzungen zu erfüllen.

12.09.2013 GGUA Flüchtlingshilfe Münster: [Informationen zu Verpflichtungserklärung und Krankenversicherung](#) Sehr nützlicher Reader mit den Detailbestimmungen der Aufnahmeprogramme und den damit verbundenen Rechtslagen und Schwierigkeiten

Flüchtlingsprotest in Stuttgart beendet

Von Mitte Juli bis Mitte September demonstrierten ca. 20-30 Flüchtlinge aus dem Main-Tauber-Kreis vor dem Integrationsministerium in Stuttgart. Sie beklagten sich über die Unterbringungs- und Lebensbedingungen im Landkreis und forderten eine Aufhebung von Arbeitsverboten und Residenzpflicht, Zugang zu Sprachkursen und bessere medizinische Versorgung. Integrationsministerin Bilkay Öney und andere Mitarbeiter/innen des Ministeriums nahmen die Forderungen ernst und verhandelten zwischenzeitlich auch vor Ort mit dem Landratsamt des Main-Tauber-Kreises. Als einziges Zugeständnis versprach der Landkreis, dass ab 1.1.2014 beim AsylbLG auf Geldleistungen umgestellt werden soll (was das neue FlüAG sowieso vorsieht) Die Protestaktion in Stuttgart wurde beendet, nachdem auch Anträge auf Verlegung in andere Landkreise vom Innenministerium abgelehnt wurden. Medienberichte / Dokumentation: [Weiterlesen ...](#).

Schicksal der afghanischen „Ungarn-Flüchtlinge“ weiter in der Schwebe

Am 13. Juni sind 72 Flüchtlinge aus Ungarn (teilweise mit Asylanerkennung, teilweise mit subsidiärem Status) gemeinsam mit dem Zug nach Karlsruhe gefahren und haben dort Asylanträge gestellt. Die Flüchtlinge verließen Ungarn, weil sie dort gegen unzumutbare Lebensbedingungen vergeblich protestierten. In der Zwischenzeit gibt es zwei Urteile des Verwaltungsgerichts Freiburg, in denen die Eilanträge gegen die Rücküberstellung nach der Dublin-II-Verordnung zugelassen wurden. Die Entscheidung über die Klagen stehen allerdings, wie bei anderen Gerichten, noch aus, sodass nach wie vor die Gefahr besteht, dass die Flüchtlinge wieder nach Ungarn zurückgeschoben werden.

- 07. August 2013 Stuttgarter Zeitung: ["Afghanische Flüchtlinge klagen auf Aufenthaltsrecht"](#)
- 18.09.2013 Stuttgarter Zeitung: ["Flüchtlinge müssen nicht nach Ungarn"](#). Nach einigen Urteilen in Freiburg schöpfen die ersten einer Gruppe von 72 Afghanen Hoffnung."
- 30.09.2013 ka-news: [„Afghanische Flüchtlinge in Karlsruhe bangen vor Abschiebung nach Ungarn](#)
- 02.10.2013 Jungle World: ["Knast oder Straße. Asylsuchenden in Ungarn drohen neben rassistischen Übergriffen auch Abschiebung, Inhaftierung und Obdachlosigkeit. Doch die Weiterflucht in einen anderen EU-Staat wird durch die Dublin-II-Verordnung erschwert."](#) (Autor: Daniel Steinmaier)
- [Online-Petition auf OpenPetition](#) (läuft noch bis 19.10.)

Drei syrische Flüchtlinge nach Beginn eines Hungerstreiks aus Abschiebehaf entlassen

Drei syrische Flüchtlinge, die in der Mannheimer Justizvollzugsanstalt in Abschiebehaf saßen, traten am 24. September aus Protest gegen die geplante Überstellung nach Ungarn im Rahmen der Dublin-Verordnung in Hungerstreik. Mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Abschiebehaf Mannheim und Rechtsanwältin Anne Feßenbecker wurden sie 3 Tage darauf freigelassen und konnten sich in der Landeserstaufnahmestelle anmelden.

- 24.09.2013 Pressemitteilung AG Abschiebehaf Mannheim: "Willkommen in Deutschland! Verzweifelte Syrer in der Abschiebungshaft Mannheim / Drohende Abschiebung nach Ungarn / Hungerstreik begonnen" (PDF)
- 25.09.2013 Mannheimer Morgen: [„Flüchtlinge: Männer wehren sich gegen Abschiebung. Syrer im Hungerstreik“](#)

Unterschriftenaktion: Bleiberecht für Assan Jallow

Der 20-jährige gambische Flüchtling Assan Jallow aus Bad Wildbad soll abgeschoben werden. Herr Jallow ist seit 2012 Teilnehmer im Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim (vgl. www.bleibinbw.de). Zwischenzeitlich wurde sein Asylantrag abgelehnt, es wurde ein Beschäftigungsverbot verhängt und das Regierungspräsidium Karlsruhe betreibt die Vorbereitung der Abschiebung. Anfang September reichte eine Freundin von Herrn Jallow zusammen mit einer Unterstützergruppe ein Härtefallgesuch bei der Härtefallkommission von Baden-Württemberg ein. Diesem Antrag soll mit der [Unterschriftenaktion / Petition "Bleiberecht für Assan Jallow"](#) auf "Open Petition" Nachdruck verliehen werden. Wenn Sie auf den Link klicken, kommen Sie zum Petitionstext mit ausführlichen Informationen zu Herrn Jallow. Bislang wurden ca. 1.000 Unterschriften gesammelt (Stand 6.10.13), Ziel sind mind. 2.000.

In aller Kürze:

- 30.07.2013 ka-news: [Geplante Flüchtlings-Unterkunft Mühlburg: "Eine Menge Groll"](#) Gdie Landeserstaufnahmeeinrichtung und ihre Außenstellen sind derzeit überfüllt. Gegen die Einrichtung einer neuen Außenstelle für 70 Personen in Mühlburg formierte sich Ende Juli "eine Menge Groll" in der Bürgerschaft, der sich kurz danach aber wieder verflüchtigte.
- 02.08.2013 Stadt Freiburg: [„Für bessere Integration von Flüchtlingen - Gemeinderat spricht sich für die Fortführung des Projekts "Bleiberecht Freiburg / Breisgau-Hochschwarzwald" aus“](#). Anfang August beschloss der Gemeinderat der Stadt Freiburg, den Projektverbund Bleiberecht Freiburg / Breisgau-Hochschwarzwald nach dem drohenden Auslaufen der Förderung durch den Europäischen Sozialfonds bis Ende 2014 mit einem Zuschuss von 124.000 Euro weiter zu fördern.
- 05.08.2013Südwestpresse (dpa): ["Werben für ein "Bleiberecht auf Probe"](#) Laut Presseberichten erwartet die **Härtefallkommission** des Landes Baden-Württemberg, dass im Jahr 2013 weniger Härtefallgesuche als bisher angenommen werden. Die Gründe liegen nach Ansicht des Kommissions-Vorsitzenden Edgar Wais darin, dass immer mehr Asylsuchende bereits nach relativ kurzem Aufenthalt ein Härtefallgesuch stellen würden und zu wenige

Integrationsleistungen vorweisen könnten. Letzteres sei aber entscheidend.

- 08.08.2013 Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg: "[Wohnberechtigungsschein für geduldete erfolglose Asylbewerberin bei dauerhaftem Abschiebungsverbot aus familiären Gründen](#)" Ein Wohnberechtigungsschein für eine öffentlich geförderte Mietwohnung kann ausnahmsweise auch einer geduldeten abgelehnten Asylbewerberin erteilt werden, wenn diese zum Schutz ihres Familienlebens dauerhaft nicht abgeschoben werden darf. Das hat der 3. Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (VGH) mit Urteil vom 17.07.2013 entschieden (Az.: 3 S 1514/12).
- 21.08.2013 **Kontext Wochenzeitung**: "[„Flucht nach nirgendwo“](#)" Reportage über die Situation der Asylsuchenden im Lager Holzbachtal (Enzkreis)
- 03.09.2013 Stuttgarter Zeitung: "[„Spielgeräte für Flüchtlingskinder sind ein guter Anfang“](#)" Der VfB Stuttgart sponsert einen Kinderspielplatz im Flüchtlingsheim Sillenbuch-Heumaden.
- 11.09.2013 Stuttgarter Zeitung: "[„Flüchtlinge als Nachbarn - Schmerzlich willkommen!“](#) **Vom Bürgerprotest zum nachbarschaftlichen Miteinander:** Im Frühjahr 2012 protestierte das Ehepaar Sieß-Vogt erfolgreich gegen die geplante "hasenstallartige" Unterbringung von Asylsuchenden in einem Wohngebiet in Rottenburg (Lkr. Tübingen). Der damalige Bürgerprotest, der sich primär gegen die zu dichte Belegung (4,5 qm) der geplanten Unterkunft richtete, erreichte sogar eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung, dass eine Unterbringung nach FlüAG in einem Wohngebiet nicht zulässig sei. Der Landkreis ließ sich daraufhin auf eine weniger dichte Belegung ein. Mittlerweile pflegen die Sieß-Vogts gute Nachbarschaft mit den Flüchtlingen und engagieren sich im Asyl-Arbeitskreis.
- 16.09.2013 Südkurier: "[„Ina Eggert: Wir wollen Flüchtlinge aktiv aus der Bevölkerung heraus unterstützen“](#)" Die neu entstandene Save-Me-Initiative in Konstanz setzt sich für die Neuansiedlung (Resettlement) von Flüchtlingen in der Bodensee-Stadt ein.

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Auch in den Sommermonaten ist die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland angestiegen

Von Januar bis August 2013 nahm das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 62.464 Erstanträge entgegen (Vergleichszeitraum 2012: 33.284); das bedeutet einen Anstieg um 87,7 %. Die Zahl der Folgeanträge stieg im bisherigen Jahr 2013 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert (7.010 Folgeanträge) um 25,2 % auf 8.778. Im August gab es 9.502 Erstanträge beim Bundesamt (Juli: 9.516 Personen, August 2012: 5.239). In Baden-Württemberg stellten im September 1.528 Personen einen Asylantrag. Nach wie vor werden Asylanträge von Personen aus den Staaten Ex-Jugoslawiens vom BAMF "prioritär" behandelt, d.h. abgelehnt. Andere Antragsteller/innen müssen dagegen immer länger auf die Anhörung und die Entscheidung warten.

- 02.10.2013 SWR International: "[Asyl - Die Zahlen in Baden-Württemberg steigen](#)"
- 06.09.2013 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: "[Asylgeschäftsstatistik August 2012](#)"

Neue Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa

Nach dem (erneuten) Bootsunglück vor der italienischen Insel Lampedusa mit wahrscheinlich über 300 Toten fordern nicht nur der Papst, sondern auch erstmals konservative Politiker ein Umdenken in der EU-Flüchtlingspolitik. Oder sind es nur Krokodilstränen?

- 04.10.2013 PRO ASYL: "[Trauer, Wut und Empörung: Nach einer der schwersten Flüchtlingskatastrophen vor Lampedusa wurden bislang über 130 Leichen geborgen, rund 250 Menschen werden noch vermisst. Der Tod der Flüchtlinge ist eine Folge der mörderischen Abschottungspolitik Europas.](#)" [Weiter in der Erklärung von PRO ASYL](#)
- 05.10.2013 Schwäbisches Tagblatt Tübingen: "[CDU-Landesvize fordert liberalere Flüchtlingspolitik](#)"
- 07.10.2013 Die Tageszeitung: "[Nach dem Drama von Lampedusa. Für Regierung ist das Boot voll genug. EU-Politiker fordern: Mehr Flüchtlinge nach Deutschland. Regierungssprecher Seibert entgegnet, die Bundesrepublik erfülle schon ihre Pflicht.](#)"

Medienberichte und weitere Informationen... [Weiterlesen ...](#)

Aufnahme syrischer Flüchtlinge hat begonnen

Informationen und Medienberichte zu diesem Aufnahmeprogramm

Am 11. September landete der erste Charterflug mit 110 der 5.000 syrischen Flüchtlinge, deren Aufnahme im Mai 2013 beschlossen wurde, in Hannover. Angesichts der rund 2 Millionen Menschen, die aus Syrien in die Nachbarstaaten geflohen sind und der vielen Flüchtlinge, die vor Europa auf verschlossene Grenzen stoßen, ist das Aufnahmeprogramm nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. PRO ASYL und Flüchtlingsräte fordern eine Öffnung der Grenzen für syrische Flüchtlinge mit praktikablen und schnellen Aufnahmeaktionen. Ende September kamen die ersten sieben Flüchtlinge aus dem Kontingent auch in Baden-Württemberg in Böblingen an. [Weiterlesen ...](#)

- 11.09.2013 [Pressemitteilung PRO ASYL und Flüchtlingsräte: „Mehr als eine Geste ist notwendig“: PRO ASYL und die Flüchtlingsräte fordern Öffnung der Grenzen für syrische Flüchtlinge](#)" [Pressemitteilung als PDF](#)
- 11.09.2013 tagesschau.de: "[Erste Syrien-Flüchtlinge gelandet](#)"
- 24.09.2013 SWR Landesschau: "[Erste Flüchtlinge sind in Baden-Württemberg](#)"

- 25.09.2013 Stuttgarter Zeitung: „[Syrien-Flüchtlinge in Böblingen: Erschöpft, traumatisiert, aber in Sicherheit](#)“
08.10.2013 Südwestrundfunk: „[Asylpolitik in Baden-Württemberg. Kretschmann will mehr Flüchtlinge aufnehmen](#)“

Fehlende Trennung von Abschiebungshaft und Strafvollzug möglicherweise EU-rechtswidrig

PRO ASYL fordert: Schluss mit den rechtswidrigen Inhaftierungen in Justizvollzugsanstalten

Der Bundesgerichtshof hat sich mit einer jetzt bekannt gewordenen Vorlage vom 11. Juli 2013 an den Europäischen Gerichtshof gewandt. Es geht um die Frage, ob die Inhaftierung in einer Justizvollzugsanstalt zum Zwecke der Abschiebung gegen das Trennungsgebot nach EU-Recht verstößt. Da der bloße Umstand, ausreisepflichtig zu sein, keine Straftat ist, will das EU-Recht eine gemeinsame Inhaftierung mit Straftätern verhindern. In Baden-Württemberg wird das Trennungsgebot vor allem in der Frauen-Haftanstalt Schwäbisch Gmünd missachtet. Bei einer konsequenten Auslegung wäre aber auch der sogenannte parallele Vollzug wie in der JVA Mannheim ein Verstoß gegen die EU-Rückführungsrichtlinie.

Juni 2013 "[Schutzlos hinter Gittern. Abschiebungshaft in Deutschland](#)" ausführlicher Recherche-Bericht von Pro Asyl und der Diakonie Hessen und Nassau zur Abschiebungshaft

23.08.2013 FAZ: [BGH zweifelt an Abschiebehaft](#)

21.08.2013 Pro Asyl Pressemitteilung: "[Mögliche EU-Rechtswidrigkeit in Sachen Abschiebungshaft: BGH ruft EuGH an](#)"

Nach der Wahl: Ihre Stimme zählt!

Online-Unterschriftenaktion von PRO ASYL - machen Sie mit!

Die Menschenrechte von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten müssen auf die Tagesordnung der Koalitionsverhandlungen! Treten Sie zusammen mit PRO ASYL dafür ein, dass Flüchtlings- und Menschenrechte im Koalitionsvertrag verankert werden. Unterschreiben und verschicken Sie [hier online unseren Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel](#)

- 25.09.2013 Amnesty International und PRO ASYL zum Bundesweiten Flüchtlings-Tag am 27. September: „[Flüchtlingsschutz in den Koalitionsvertrag. Diskriminierung von Asylsuchenden in Deutschland beenden!](#)“

Strafanzeigen gegen NPD-Plakate

Der AK Sinti/Roma und Kirchen in Baden-Württemberg hat Strafanzeige gegen die von der NPD im Bundestagswahlkampf verwendeten antiziganistischen Plakate gestellt. Auch der Zentralrat der Sinti und Roma und der Verband Deutscher Sinti und Roma (Landesverband Baden-Württemberg) stellten Strafanzeige. Siehe auch:

- 19.09.2013 Süddeutsche Zeitung: "[Diskriminierung von Sinti und Roma Behörden gehen gegen NPD-Plakate vor](#)"

- 02.09.2013 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma: "[Zentralrat fordert gesetzliches Verbot diskriminierender Wahlwerbung – Pflicht für Behörden zum Einschreiten gegen NPD-Plakate gegen Roma](#)"

In aller Kürze / Infos und Materialien:

+ 12.09.2013 Pressemitteilung PRO ASYL: „[Zum Anstieg der Asylbewerberleistungen. Arbeitsverbot abschaffen, Integration ermöglichen!](#)“

- 26.09.2013 ARD: Beckmann: "[Bedroht, vertrieben und fern der Heimat – Menschen auf der Flucht](#)" Nachsehen in der Mediathek lohnt sich. Mal zur Abwechslung eine sehenswerte Talkshow mit viel Klartext

+ 02.10.2013 [Newsletter des Bundesverbands Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge](#): Im Jahr 2012 wurden über 4.300 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von Jugendämtern in Obhut genommen

+ Informationsverbund Asyl und Migration (Hg.): **Neuregelungen im EU-Flüchtlingsrecht**. Die wichtigsten Änderungen bei Richtlinien und Verordnungen. Beilage zum, Asylmagazin 7-8/2013. Bestelladresse: Informationsverbund Asyl und Migration e.V., kontakt(at)asyl.net

+ [Keine Wahl?](#) Flüchtlingsräteheft zur Bundestagswahl 2013 | Rundbrief 3/2013

Das diesjährige gemeinsame Heft der Flüchtlingsräte enthält zentrale Forderungen zur Bundestagswahl und thematisiert darüber hinaus aus Sicht der Flüchtlingsorganisationen die bestehenden rechts- und flüchtlingspolitischen Handlungsbedarfe und Möglichkeiten auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene.

+ Anlässlich der Konstituierung des neuen Bundestages veröffentlichte der UNHCR ein neues [Eckpunktepapier zum Flüchtlingschutz](#).

+

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Do, 17.10.2013 Stadthalle St. Georgen im Schwarzwald, Beginn 10.00 Uhr

Wirkstatt St. Georgen - Asylbewerber herzlich willkommen

Regionalforum im Rahmen von "Vielfalt gefällt - 60 Orte der Integration"

u.a. mit Podiumsdiskussion mit Integrationsministerin Bilkay Öney, Michael Rieger (Bürgermeister St. Georgen),

Angelika von Loeper (Vorsitzende des Flüchtlingsrats BW), Jürgen Stach (Sozialdezernent Schwarzwald Baar-Kreis) und

einem Vertreter der Asylsuchenden

Fr, 25.10.2013, Familienzentrum Ost, Zeppelinstraße 20, 75175 Pforzheim

Neue Chancen für den Arbeitsmarkt

Das Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim veranstaltet einen Fachtag, der sich dem Thema Qualifizierung sowie arbeitsmarktliche Integration von Flüchtlingen und Bleibeberechtigten widmet. Der Fachvortrag am Vormittag richtet den Fokus auf die Situation von Jugendlichen und jungen erwachsenen Flüchtlingen ohne schulische Vorbildung. Am Nachmittag werden gute Beispiele arbeitsmarktlicher Integration und der Sprachförderung in Pforzheim vorgestellt.

Mittwoch, 30.10.2013 von 10.00 -16.00 Uhr, Diakonisches Werk Württemberg, Heilbronner Str. 180, 70191 Stuttgart
Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft „Folterüberlebende in Baden-Württemberg“

Mo, 04.11.2013, ab 09.30 Uhr; Jugendherberge Stuttgart International, Haußmannstr. 27, 70188 Stuttgart

Fachtag Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Veranstalter: Der Paritätische Baden-Württemberg

Nähere Informationen: <http://www.paritaet-bw.de>

Samstag, 23.11.2013, ab 9.30 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeinde, Schubartstr. 14

Plenumstagung „25 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg“

Programm und Anmeldung ab 11.10. auf www.fluechtlingsrat-bw.de

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter "Archiv / E-Mail-News" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende Formular ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) im Rahmen des Projekts BIQ (Beratung-Information-Qualifizierung): www.biq.fluechtlingsrat-bw.de